



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Bahrain 2016

Die Menschenrechtslage in Bahrain hat sich 2016 deutlich verschlechtert. Die wichtigste Oppositionspartei des Landes, die al-Wefaq, wurde verboten und zahlreiche ihrer Politiker zu langen Haftstrafen verurteilt (z.B. Sheikh 'Ali Salman) oder es wurde ihnen die Nationalität entzogen (z.B. Sheikh Isa Qassem). Manche von ihnen gaben an, in Haft misshandelt und gefoltert worden zu sein. Unabhängigen Regierungskritikern, die auf Twitter gegen die Regierung protestiert hatten, erging es ähnlich. So wurde Nabeel Rajab wegen kritischer Posts auf Twitter, die sich gegen den Krieg im Jemen richteten, zu 15 Jahren Haft verurteilt. Zusätzlich wurde ihm vorgeworfen, das Image des Staates beschädigt zu haben, weil er in einem Artikel in der NYT seine Haftbedingungen beschrieben und dem Staat Bahrain Folter vorgeworfen hatte.

Fünf Jahre nach dem Arabischen Frühling und seiner blutigen Niederschlagung zieht AI außerdem die Bilanz einer von Bahrain und Großbritannien begonnenen Kampagne zur Verbesserung der Menschenrechtssituation. Nach einem internationalen Aufschrei hatte die Regierung einige Gesetze geändert, sowie einen Ombudsmann für Inneres und eine Spezialeinheit der Staatsanwaltschaft eingerichtet, die sich mit Menschenrechtsfragen befassen sollen. AI erkennt an, dass dies prinzipiell Schritte in die richtige Richtung sind und dass auch einige Erfolge erzielt wurden, kritisiert jedoch, dass diese im Verhältnis kosmetisch waren und keinen echten Wandel für die Menschenrechtssituation bedeuten haben.

Der Ombudsmann hat generell effektiv gearbeitet, jedoch auch einige Warnungen ignoriert. So hat AI im Fall des Menschenrechtsverteidigers Hussein Jawad vor Folter gewarnt, was der Ombudsmann ignoriert. Jawad berichtete später von Folter. Andere Fälle wurden verschleppt, so hatte der Ombudsmann den Fall eines Flughafenmitarbeiters zwei Jahre nicht bearbeitet, der wegen der Anschuldigung eines Bombenattentats zum Tode verurteilt wurde.

Durch die Spezialeinheit wurden insgesamt 93 Personen der Folter angeklagt, darunter waren 15 niedrigrangige Polizisten. Höherrangige Offizielle, die bei der Niederschlagung des Aufstands einen Überblick gehabt hatten, waren nicht darunter. Die meisten der dokumentierten Folterfälle wurden durch die Einheit gar nicht erst bearbeitet, so wurden nur 45 der 200 von AI dokumentierten Fälle überhaupt untersucht.

Zu diesen Fällen zählt der Tod des 16jährigen Ali Hussein Neama. Fotos sowie seine Sterbeurkunde beweisen, dass er in den Rücken geschossen wurde, trotzdem wurde der Beamte nicht verfolgt, weil er angeblich in Selbstverteidigung gehandelt hätte. Auch hier wurden Fälle verschleppt, z.B. wurden den Folttervorwürfen in einem Fall zwei Jahre nicht nachgegangen, sodass keine medizinischen Beweise gesammelt werden konnten.

Nazeeha Saeed, eine Journalistin, wurde im Mai 2011 mit Schlägen, Tritten und Elektroschocks gefoltert. Drei Jahre später zwang die Spezialeinheit sie, in demselben Raum, in dem sie damals gefoltert worden war, die Folterer zu identifizieren. Obwohl sie 5

Folterer identifizierte, wurde der Fall wegen „Mangel an Beweisen“ geschlossen.
Im Fall von Ali Isa al-Tajer haben beide Stellen versagt. Er wurde in Haft 25 Tage lang gefoltert. Weder kümmerte sich der Ombudsmann um einen sicheren Haftort und Schutz vor Folter, noch leitete die Spezialeinheit eine Untersuchung ein.
Beide Stellen, der Ombudsmann und die Spezialeinheit, haben öffentliches Vertrauen verloren, weil sie als zu nah am Innenministerium wahrgenommen werden und weil Angehörige nicht angemessen informiert wurden.